

# Kurzmeldungen



## Irland: Syrische Flüchtende im Libanon hingehalten

Syrische Flüchtende im Libanon warten teilweise bereits zwei Jahre auf ihre geplante Übersiedlung nach Irland. Laut UNHCR sind hauptsächlich Covid-19-Reisebeschränkungen Grund dafür. Im März 2020 befanden sich manche Familien bereits im letzten Schritt des *Irish Refugee Resettlement Programme (IRRP)*. In Erwartung auf die unmittelbar bevorstehende Übermittlung nach Irland verkauften viele der Familien den Großteil ihres Besitzes. Nun mussten sie den Winter im Libanon verbringen, teils ohne Möbel und anderen Hausrat. Viele Familien berichten von mangelnder Unterstützung und feh-

lender Aufklärung über eine Wiederaufnahme ihres Verfahrens. Orientierungsveranstaltungen wurden bereits mehrmals verschoben. Bei Moustafa Mohamad (42) wurde im November 2021 eine medizinische Untersuchung durchgeführt, doch ein ungefährer Zeitpunkt der Abreise wurde nicht festgelegt. Offizielle Statements des IRRP rechtfertigen die immensen Verzögerungen durch Schwierigkeiten in der Bereitstellung von Unterkünften sowie akut hohem Hilfsbedarf afghanischer Geflüchteten.

Ahmad Hasan drückt den Wunsch der meisten Betroffenen aus: „We just hope for a single email from them or something. We

withdrew all our money and sold all our possessions last year, as we assumed we'd be in Ireland now. Die Ungewissheit verbunden mit ablaufenden Aufenthaltsgenehmigungen und Mittellosigkeit ist eine enorme Belastung. Ohne Aussicht auf ein Ende dieser Situation können Kinder aufgrund hoher Schulgebühren nicht in die Schule gehen oder aufgrund einer abgelaufenen Aufenthaltsgenehmigung nicht an Abschlussprüfungen teilnehmen. (*The Irish Times*)

## Nigeria: Mangel an Menstruationsprodukten

Menstruationsprodukte sind teuer. Insbesondere für Frauen auf der Flucht ist dies oft eine unleistbare

finanzielle Belastung: Hygieneprodukte sind sehr wichtig für die Gesundheit, doch verglichen mit anderen Notwendigkeiten wie Nahrung rutschen sie auf der Prioritätenliste nach unten. Viele Frauen helfen sich notdürftig mit Stoffstücken, wobei die Besorgung von gewaschenen, verwendbaren Stoffen eine Herausforderung ist. In Nigeria kostet eine Packung an Menstruationsprodukten durchschnittlich 600 Naira. Dies ist bereits ein Fünftel der monatlichen Unterstützungszahlungen. Viele Frauen können sich diese monatlichen Ausgaben nicht leisten. Deswegen stellt die *UNCHR* in Kooperation mit NGOs waschbare, wiederverwendbare Binden bereit. Eine kamerunische Geflüchtete in Nigeria erklärt, sie verwende dieselben wiederverwendbaren Binden bereits für drei Jahre. Sie erfüllen ihren Zweck, doch manchmal bekomme sie Hautirritationen davon und wünsche sich Neue. Doch das Budget der *UNHCR* reicht nicht für ein neues Paket, reicht es doch nicht einmal für jede Geflüchtete. Viele der Frauen außerhalb offizieller Aufnahmestellen bekamen keine Pads und benutzen weiterhin Stoffstücke, trotz höherem Infektionsrisiko. Menstruation ist ein Tabuthema, sowohl in Nigeria als auch in vielen anderen Staaten. Dies macht es auch schwierig, Pads öffentlich zu waschen oder an der frischen Luft zu trocknen. Folgen des Mangels an Menstruationsprodukten sind nicht nur gesundheitlich. Aufgrund des fehlenden Schutzes verpassen menstruierende Mädchen oft Unterricht, erwachsene Frauen

gehen nicht zur Arbeit. In kleineren Projekten von Organisationen wie *Save the Children* lernen Frauen, wiederverwendbare Binden zu nähen, welche sie dann verkaufen können – doch eine gesicherte Versorgung gibt es nicht. *(AFP, Agence France Presse)*

### **Australien: Djokovics Festnahme wirft Licht auf Notlage von Asylbewerber\*innen**

Tennisstar Novak Djokovic wurde im Jänner in Australien in Quarantäne festgehalten, da er die Entscheidung, ihm die Einreise aufgrund von COVID-19-Bestimmungen zu verweigern, angefochten hatte. Djokovic war in einem Hotel in Melbourne untergebracht, das seit Dezember 2020 von der australischen Grenzschutzbehörde zur Unterbringung von Flüchtlingen benutzt wird. Und zwar von Schutzsuchenden, die jahrelang im Rahmen der viel kritisierten australischen Offshore-Haftpolitik für Asylbewerber\*innen auf abgelegenen Pazifikinseln festgehalten wurden, nachdem sie versucht hatten, das Land mit Booten zu erreichen. Wenn diese ernsthaft erkranken und zur medizinischen Behandlung nach Australien gebracht werden müssen, werden sie im Park Hotel interniert, das sie außer zu den Behandlungen, nicht verlassen dürfen und nicht wissen, wie lange sie dort festgehalten werden.

Für die Aktivist\*innen war die Inhaftierung von Herrn Djokovic im selben Hotel eine Gelegenheit, die Welt über die Notlage der Asylbewerber\*innen zu informieren. „Die Inhaftierung von Djokovic wirft

ein dringend benötigtes Schlaglicht auf Australiens grausames, unmenschliches System der Zwangsinhaftierung“, sagte Elaine Pearson, die Australien-Direktorin von *Human Rights Watch*. Djokovics Familie und die Regierung seines Heimatlandes Serbien prangerten die Bedingungen im Park Hotel an. Er sei in seinem Zimmer Ungeziefer ausgesetzt gewesen und habe schlechtes Essen bekommen.

Asylbewerber\*innen, die in dem Hotel untergebracht sind, brachten ähnliche Beschwerden vor. Australiens Offshore-Haftpolitik wird seit Jahren im In- und Ausland kritisiert. Den Statistiken der australischen Regierung zufolge befanden sich im September 117 Asylbewerber\*innen seit fünf oder mehr Jahren auf entlegenen Inseln in Gewahrsam, einige sogar seit mehr als 10 Jahren. Diese Zahl ist in den letzten Jahren zurückgegangen, da Dutzende von Flüchtlingen nach einer Überprüfung durch die amerikanischen Behörden im Rahmen einer unter der Regierung von Präsident Barack Obama ausgehandelten Vereinbarung in die Vereinigten Staaten übersiedeln konnten. *(Refugees Daily)*

### **Libyen: Gewaltsame Auflösung von Sitzstreik**

Libysche Sicherheitskräfte führten eine Razzia durch und lösten dabei eine Protestversammlung von Migrant\*innen vor einem geschlossenen UN-Gemeinschaftszentrum in der Hauptstadt Tripolis gewaltsam auf, wie Aktivist\*innen wie Tarik Lamloum Anfang Jänner berichtete.

ten. Die Truppen kamen in der Nacht, verwüsteten den Protestplatz und verhafteten Hunderte. Die Festgenommenen wurden in ein Internierungszentrum in der nahe gelegenen Stadt Ain Zara gebracht. Anderen sei es gelungen, vor der Razzia zu fliehen, sagte Lamloum, der für die örtliche Menschenrechtsorganisation *Belaady* arbeitet. Mindestens ein Anführer der Migrant\*innencommunity sei bei der Razzia erschossen worden. Die Protestierenden, darunter Frauen und Kinder, hatten seit Oktober vor dem Zentrum in Tripolis kampiert, um nach dem brutalen Vorgehen gegen Migrant\*innen Schutz zu suchen und eine bessere Behandlung durch die libyschen Behörden zu fordern. Aiysha, eine sudanesische Migrantin, nahm mit ihrer Familie seit Oktober an dem Sitzprotest teil. Die Mutter von zwei Kindern sagte, die Polizei habe die Protestierenden geschlagen und festgehalten. Auch sie war unter den Festgenommenen. „Wir wurden überrumpelt“, berichtete sie per Telefon aus dem Haftzentrum in Ain Zara und fügt hinzu: „Sie haben die Zelte angezündet und alles verbrannt.“ Nach Angaben des *Norwegischen Flüchtlingsrats* und des *International Rescue Committee* wurden bei der Razzia mehr als 600 Migrant\*innen festgenommen. Beide Organisationen forderten die libyschen Behörden auf, die Inhaftierten sofort freizulassen und sie vor weiterer Gewalt zu schützen.

(*abc News*)

### **Türkei: Zunehmende Gewalt**

#### **gegen Flüchtlinge**

Die türkische Polizei nahm Mitte Jänner acht Verdächtige fest, die in Istanbul einen jungen syrischen Flüchtling erstochen hatten. Der 19-jährige Nail al-Naif schlief in seinem Zimmer im Istanbuler Stadtteil Bayrampaşa, als eine Gruppe von Männern gegen zwei Uhr morgens in sein Zimmer eindrang, ihm in die Brust stach und Wunden zufügte, an denen er später in der Nacht starb. Acht Personen, darunter fünf türkische Staatsangehörige und drei Afghanen, wurden laut der Nachrichtenagentur *Demiroren* als Verdächtige von der Polizei in Bayrampaşa festgenommen. Die Tötung ist die jüngste eines, nach Ansicht von Flüchtlingsrechtsaktivist\*innen, alarmierenden Trends der Gewalt gegen Flüchtlinge. Ebenfalls im Jänner wurde ein 18-jähriger Syrer ermordet und ein von Syrer\*innen genutztes Einkaufszentrum angegriffen. Bei dem Vorfall im Einkaufszentrum marschierten hunderte von Menschen durch das Viertel und schrien: „Das ist die Türkei, nicht Syrien.“ Später versuchten sie, Syrer\*innen in einem anderen Einkaufszentrum anzugreifen und beschädigten die Schaufenster mit Steinen und anderen Gegenständen. Zuvor wurden im November drei syrische Arbeiter von einem türkischen Mann getötet. Die Türkei beherbergt mehr als vier Millionen Flüchtlinge, darunter über drei Millionen Syrer\*innen deren Anwesenheit von Vertreter\*innen des gesamten politischen Spektrums für die Wirtschaftskrise des Landes verantwortlich gemacht

wird. Besonders Umit Ozdag, der Vorsitzende der rechten Oppositionspartei *Zafer*, schürte immer wieder Hass mit Behauptungen wie z.B., dass syrische Flüchtlinge fettleibig seien, während Türk\*innen in Armut leben. Anfang Jänner teilte die Polizei in Izmir mit, dass sie eine Untersuchung gegen Ozdag wegen „Aufstachelung zum öffentlichen Hass“ und „Verletzung der Privatsphäre“ eingeleitet habe.

(*Aljazeera*)

#### **Süd Sudan: Die Rückkehr von Vertriebenen – ein heikles Thema**

Die Regierung des Südsudans möchte, dass Millionen von Menschen, die vor dem verheerenden Bürgerkrieg im Land geflohen sind, vor den für 2023 geplanten nationalen Wahlen in ihre Heimat zurückkehren. Einige humanitäre Organisationen befürchten jedoch, dass die Rückkehr riskant sein könnte, da die Gewalt im Land trotz eines Friedensabkommens von 2018 und der anschließenden Bildung einer Einheitsregierung weiter aufflammt. Es wird auch befürchtet, dass Regierungsvertreter\*innen die Rückkehr nutzen könnten, um im Hinblick auf künftige Wahlen demografische Mehrheiten in ihren Wahlkreisen aufzubauen und gleichzeitig sicherzustellen, dass andere Gruppen, die eher gegen sie stimmen würden, vertrieben bleiben. Trotz dieser Befürchtungen erklärte der oberste UN-Beamte im Südsudan, Nicholas Haysom, im November letzten Jahres optimistisch, das Land sei auf dem besten Weg, „zum

ersten Mal seit seiner Unabhängigkeit ein friedliches, stabiles und wohlhabendes Land“ zu werden. Einige UN-Organisationen scheinen dieser Einschätzung zuzustimmen und unterstützen die Regierung bei ihren Bemühungen um die Rückkehr der 2,3 Millionen Flüchtlinge und zwei Millionen Binnenvertriebenen. Die Menschen waren vor dem im Dezember 2013 ausgebrochenen Bürgerkrieg und schweren Überschwemmungen geflohen. Einige humanitäre Organisationen sind jedoch besorgt über die Rückkehr von Vertriebenen, solange Fragen des Landbesitzes ungelöst bleiben und den Rückkehrer\*innen die Mittel fehlen, ihr Leben in dem vom Krieg zerstörten Regionen wieder aufzubauen. Die Rückkehr könnte sich auch als gefährlich erweisen, weil der Konflikt in weiten Teilen des Landes andauert, da die Umsetzung wichtiger Sicherheitsgarantien im Rahmen des Friedensabkommens ins Stocken geraten ist. Obwohl UNHCR die Bedingungen für eine Rückkehr in den Südsudan als ungünstig einschätzt, hat die UN-Organisation ihre Unterstützung für bereits spontan zurückgekehrte Flüchtlinge erklärt und will die Rückkehr von Binnenflüchtlingen erleichtern.

*(The New Humanitarian)*

### **Zypern: Familien durch Pushbacks in den Libanon getrennt**

Da sich die Lebensbedingungen der Syrer\*innen im Libanon rapide verschlechtern, versuchen viele, nach Europa zu fliehen. Diejenigen, die in



Zypern ankommen, werden zurückgedrängt. NGOs und UNHCR weisen darauf hin, dass solche Zurückweisungen zur Trennung von Familien führen und gegen internationales Recht verstoßen. Am 22. August vergangenen Jahres wurde ein Flüchtlingsboot abgefangen. Die Behörden transportierten eine hochschwangere 25-jährige Syrerin nach Zypern, während ihr Mann und ihre beiden Kinder im Alter von einem und drei Jahren in den Libanon zurückgeschickt wurden. Nachdem sie am nächsten Tag ihren Sohn zur Welt gebracht hatte, forderte sie die zyprischen Behörden auf, Mitgefühl zu zeigen und ihr die Wiedervereinigung mit ihrer Familie zu ermöglichen. Daraufhin erklärte die Regierung, dass nur Personen mit Flüchtlingsstatus in den Genuss einer Familienzusammenführung kommen können. Doch von den 7.700 Syrer\*innen, die seit 2018 auf Zypern um Asyl ansuchten, wurde weniger als zwei Prozent Flüchtlingsschutz gewährt. Am 21. September wies Innenmini-

ster Nicos Nouris Forderungen nach einer Familienzusammenführung zurück. Die Pushbacks auf hoher See sind das Ergebnis eines im März 2020 mit dem Libanon unterzeichneten Abkommens, wonach Zypern alle Personen zurückschicken kann, die versuchen, die Insel per Boot zu erreichen.

*(ECRE Weekly)*

### **Sahelregion: Jahrzehntelanger Konflikt hinterlässt 2,5 Millionen auf der Flucht**

In einem Gespräch mit Journalist\*innen in Genf teilte der Sprecher des UNHCR, Boris Cheshirkov, mit, dass sich die Zahl der Binnenvertriebenen seit 2013 verzehnfacht hat und von 217.000 auf 2,1 Millionen Ende letzten Jahres angestiegen ist. Die Zahl der Flüchtlinge in Burkina Faso, Mali und Niger beläuft sich derzeit auf 410.000. Die meisten von ihnen kommen aus Mali, wo 2012 ein heftiger Bürgerkrieg ausbrach, der zum Putsch führte. Allein im vergangenen Jahr wurden durch einen Anstieg der gewalttätigen An-

griffe in der gesamten Region fast 500.000 Menschen vertrieben. Unterdessen verschlechtert sich die humanitäre Lage rapide, da es an mehreren Fronten zu Krisen kommt. Hauptursache ist die Unsicherheit, die durch extreme Armut und die COVID-19-Pandemie noch verschärft wird. Auch die Auswirkungen der Klimakrise sind in der Region stärker zu spüren, da die Temperaturen 1,5 Mal schneller steigen als im weltweiten Durchschnitt. Frauen und Kinder sind am stärksten betroffen und der Bedrohung durch geschlechtsspezifische Gewalt ausgesetzt. Nach Angaben des UNHCR-Sprechers hätten die Aufnahmegemeinschaften trotz ihrer eigenen knappen Mittel weiterhin Widerstandskraft und Solidarität bei der Aufnahme der vertriebenen Familien bewiesen. Unter dem zunehmenden Druck würden sie jedoch „einknicken“. Im Jahr 2021 war mehr als ein Drittel des Finanzierungsbedarfs der Agentur für die zentrale Sahelzone nicht gedeckt. In diesem Jahr benötigt die Agentur für eine wirksame Reaktion in Burkina Faso, Niger und Mali 307 Mio. USD.

(UN News)

### **Irak: Fast 4.000 Menschen von der weißrussischen Grenze zurückgeholt**

Bagdad holte Anfang des Jahres fast 4.000 seiner Bürger\*innen, die an den weißrussischen Grenzen zu den EU-Mitgliedern Polen, Litauen und Lettland festsaßen, zurück. Die irakische Regierung hat zehn Flüge von Bagdad nach Weißrussland or-

ganisiert, um ihre Bürger\*innen zurückzubringen, sagte der irakische Außenminister, Fuad Hussein, auf einer Pressekonferenz in Bagdad mit seinem litauischen Amtskollegen. Die Flüge kamen in der Regel in der autonomen irakischen Region Kurdistan an, aus der viele der Migrant\*innen stammen. Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis, der auch mit dem irakischen Premierminister Mustafa al-Kadhemi zusammentraf, erklärte, er wolle „neue Ideen der Zusammenarbeit“ mit dem Irak einbringen. Seit letzten Sommer kampierten Tausende Migrant\*innen, viele von ihnen aus dem Nahen Osten und insbesondere aus dem Irak, an der weißrussisch-europäischen Grenze und versuchten, unter oft schwierigen Bedingungen in die EU einzureisen. Die EU hatte Weißrussland vorgeworfen, die Migrant\*innen als Rache für die Sanktionen gegen das Regime von Präsident Alexander Lukaschenko an die Grenze zu locken. Weißrussland bestritt diese Behauptungen und kritisierte die EU dafür, dass sie die Migrant\*innen nicht aufnimmt. (Refugees Daily)

### **Spanien: „Smarte“ Grenzen könnten Rassismus noch verstärken**

50 antirassistische Gruppen unterzeichneten einen offenen Brief, in dem sie vor den Gefahren künstlicher Intelligenz und anderer Technologien warnen, sollten diese an den Grenzen der nordafrikanischen Enklaven Spaniens eingesetzt werden. Die Regierung plant, 4,1 Millio-

nen Euro in „smarte Grenzen“ in Ceuta und Melilla zu investieren, die biometrische Daten, wie Gesichtserkennung und Fingerabdrücke verwenden. Nach Ansicht der Unterzeichner\*innen, zu denen auch *Oxfam Spanien* und *SOS Racismo* gehören, hat dies weitreichende Auswirkungen auf die Grundrechte der Betroffenen, darunter das Recht auf Privatsphäre und Nichtdiskriminierung. „Gesichtserkennungsalgorithmen liefern bei nicht-weißen Gesichtern häufig falsch positive oder falsch negative Ergebnisse, was in diesem speziellen Kontext schwerwiegende Folgen für Personen haben könnte, die fälschlicherweise als Terrorverdächtige identifiziert werden.“ Die Organisationen weisen darauf hin, dass die verwendeten Algorithmen nicht öffentlich zugänglich sind und nicht klar ist, wie sie überprüft werden. Das wirft schwere Bedenken hinsichtlich der Transparenz und Überprüfbarkeit auf. In dem Schreiben wird gefordert, dass die EU-Datenschutzvorschriften auch an den Grenzen angewandt, die Menschenrechte an den Grenzen überwacht, die Algorithmen öffentlich zugänglich gemacht werden, sowie die Aufhebung von Gesetzen zur Gesichtserkennung.

(ECRE Weekly)

### **Griechenland: Regierung für Hungerkrise in Flüchtlingslagern verantwortlich?**

Humanitäre Gruppen beschuldigten die griechische Regierung, durch bewusste politische Entscheidungen eine Hungerkrise in den Flüchtlings-

lagern zu schüren, die dazu geführt hat, dass Tausende keinen Zugang zu Nahrungsmitteln haben. Laut einer Hilfsorganisation sollen davon 6.000 Menschen, darunter zahlreiche Kinder, betroffen sein. Entscheidungen, die darauf abzielen, den Zustrom von Migrant\*innen einzudämmen, hätten zu einer unerträglichen Situation geführt, in der die Flüchtlinge seit Monaten um ihre Ernährung kämpfen müssen.

„Es ist unvorstellbar, dass Menschen in Griechenland hungern“, erklärte Martha Roussou vom *International Rescue Committee*. „Diese Menschen sind ohne eigenes Verschulden in diese Situation gekommen, die durch Lücken in der Gesetzgebung und unfähige Politik entstanden ist“, so Roussou. Die Mitte-Rechts-Regierung hatte zuvor die Lebensmittelversorgung für diejenigen, die sich nicht mehr im Asylverfahren befinden, eingestellt. Hilfsorganisationen schlugen erstmals im Oktober Alarm, nachdem eine Gesetzesänderung dazu geführt hatte, dass lebenswichtige Leistungen nicht nur für anerkannte Flüchtlinge und abgelehnte Asylbewerber\*innen gekürzt wurden, sondern auch für diejenigen, die nicht geschafft hatten, einen Antrag zu stellen, was häufig auf Verzögerungen durch die Behörden zurückzuführen ist. Das Migrationsministerium in Athen weist Berichte über eine Hungerkrise energisch zurück. Manos Logothetis, Zuständiger für die Aufnahme von Flüchtlingen, bezeichnete die Behauptung als „Unsinn“. „Wenn es in diesem Land zehn Flüchtlinge gibt, denen

Essen verweigert wurde, werde ich meinen Job aufgeben“, sagte er. In einer schriftlichen Erklärung bekräftigte das Ministerium jedoch, dass nach griechischem und europäischem Recht nur Personen, die internationalen Schutz beantragen, als Begünstigte betrachtet werden können und damit Anspruch auf Nahrungsmittel haben.

(*Refugees Daily*)

### **Belgien: Menschenschmuggler zu 15 Jahren Haft verurteilt**

Der aus dem Vietnam stammende Anführer einer Menschenschmugglerbande wurde wegen des Erstickungstodes von 39 Männern, Frauen und Kindern, die in einem versiegelten Anhänger über den Ärmelkanal transportiert wurden, zu 15 Jahren Haft in einem belgischen Gefängnis verurteilt. Weiters muss Vo Van Hong eine Geldstrafe von über 900.000 Euro bezahlen. 17 weitere Personen wurden wegen ihrer Beteiligung zu Haftstrafen zwischen 18 Monaten und zehn Jahren verurteilt. Den Verurteilten wurde vorgeworfen, ihre Opfer – 31 vietnamesische Männer und acht Frauen im Alter zwischen 15 und 44 Jahren – zynisch ausgebeutet zu haben, die im Oktober 2019 tot in Grays, Essex, ankamen. Sie waren alle an Erstickung und Hyperthermie (Überhitzung) gestorben, nachdem sie große Summen für ihren Transport ins Vereinigte Königreich bezahlt hatten. Die Opfer wurden von ihren Schmugglern als bloße Fracht behandelt und als „Hühner“ bezeichnet, so das Gericht. Den Zollpapieren zufolge en-

thielt die Sendung vietnamesische Kekse. Die meisten der Opfer stammten aus dem nördlichen Zentralvietnam, wo schlechte Berufsaussichten und Umweltkatastrophen Gründe waren, ein neues Leben im Westen zu suchen.

(*Refugees Daily*)

### **Äthiopien: Lage eritreischer Flüchtlinge verschlimmert sich**

*UNHCR* berichtet, dass Tausende eritreische Flüchtlinge in Äthiopiens umkämpfter nördlicher Provinz Tigray unter lebensbedrohlichen Bedingungen leben, weil sie keinen Zugang zu humanitärer Hilfe haben. „Flüchtlinge berichteten dem *UNHCR* von einer Zunahme vermeidbarer Todesfälle – mehr als 20 in den letzten sechs Wochen – die mit der allgemeinen Verschlechterung der Bedingungen und insbesondere mit dem Mangel an Medikamenten und Gesundheitsdiensten zusammenhängen“, so *UNHCR*-Sprecher Boris Cheshirkov. „Die Kliniken in den Lagern sind im Wesentlichen seit Anfang Januar geschlossen, als ihnen schließlich die Medikamente vollständig ausgingen“, so die aktuelle Situation laut *UNHCR*. Die Bedingungen in Tigray verschlechterten sich seit dem Einmarsch des äthiopischen Militärs in die Provinz erheblich. Seitdem hat sich der Bürgerkrieg auch auf andere Regionen im Norden Äthiopiens ausgeweitet. Eine wirksame Blockade verhindert seit Mitte Dezember, dass humanitäre Hilfe, einschließlich Treibstoff, das Gebiet erreicht. Cheshirkov sagte, dass der extreme Hunger zunimmt, weil